

Papers dealing with
Berlin Senate etc. attitude to
and possible investigation
of DTLINEN:

1. Report from []
on Kielinger's views
of Senate + Reuter attitudes.

2. Tillich memo of
conversation with Reuter.

3. Tillich letter to
Reuter (prior to conversation).

4. Tillich memo of
conversation with H. Friedrich
(Berlin ~~REPR~~ representative).

VERFASSUNGSSCHUTZ

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2007

SECRET
SECURITY INFORMATION

MEMORANDUM TO: []

5 September 1952

SUBJECT: Berlin Senate Investigation of DTLINEN

1. In compliance with your instructions of 1 September to learn about the Berlin Senate's interest in or intent to investigate DTLINEN, I obtained the following information from Mr. Mautner, who in turn received it from Senator Kielinger (Justice) and a confidential source.

2. The Senate has indeed become interested in DTLINEN and there has been some very loose talk of revoking DTLINEN's license as a result of allegations that DTLINEN is manufacturing explosives in a villa in Berlin. The talk is loose because no Senator has as yet any solid facts regarding DTLINEN's activities, status and backing. The interest of the Senate is probably a direct result of the recent trial and execution in the Soviet Zone of the alleged DTLINEN agent Kaiser. Mr. Mautner reported that his strong impression from talking with Senator Kielinger was that the Senate investigation is just beginning.

3. Therefore, Mayor Reuter believes that all available facts on DTLINEN should be gathered together for investigation by the Senate. The Mayor says he is concerned lest DTLINEN carry out operations which might get the city into real trouble. In this connection, Mr. Mautner points out, the tables are turned since it is generally the Mayor who prods the Americans to take steps which the Americans, in Reuter's mind, consider too provocative. The Mayor and the Senators are extremely uninformed on the source of DTLINEN finances. They suppose that the money comes from American occupation sources, the Ford Foundation, the Kaiser Ministry or even perhaps private sources. By the same token, the Mayor and the Senators are determined to find out where the money actually does come from. At a recent secret Senate meeting Deputy Mayor Schreiber was instructed to obtain all secret reports on DTLINEN from Dr. Stumm and from Kripo files.

4. The Aussenpolitischer Ausschuss of the Federal Government also "will occupy itself" with an investigation of DTLINEN. It is not clear at the present time what sort of investigation is intended.

no!
5. Mr. Mautner recommends that, in view of the determination of Reuter and the Senate to obtain all pertinent basic information on DTLINEN and the certainty that they will more or less get it, DYCIAIM consider giving such information as we desire to the city government in a manner which is most advantageous to our interest. On the basis of the fact that Mayor Reuter had been singularly impressed with Mr. Bard of CIC, Mr. Mautner suggested that Mr. Bard might be the advantageous channel for information to the Mayor. I agreed with Mr. Mautner that it was an interesting idea and said I would pass it on to my superior for his consideration and would let him know what the results were and that in the meantime he should of course do nothing in this direction.

SECRET
SECURITY INFORMATION

An
GM

Auf Grund der Besprechungen mit
Baur, Dr. Friedrich und Dr. Sievert - aber
Kommunale mit der Stadt, werden diese
als eigene Abzweigung halte ich die
näheren Besprechung von II & von der offiziellen
Karte für unzureichend. Ich glaube, dass
das auch gegen Dänemark stimmen könnte,
da die Karte mit 2 Jahren ausgegeben
wird, entspricht. Ich bitte Dich sehr, II hoch
in diesem Sinne konstruieren zu lassen.
Mit herzlichen Grüßen
4.9.52
Joan ST

Ernst Fillich

Berlin-Nikolassee, den 30.8.52
Ernst-Ring-Str. 2

Herrn
Prof. Dr. Ernst R e u t e r
Regierender Bürgermeister von Berlin
Berlin-Schöneberg
Rudolph-Wilde-Platz
Rathaus

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Bei dem letzten Zusammentreffen, das ich mit Ihnen zum Abschied von Sheppard Stone haben durfte, bat ich Sie um die Gewährung einer längeren persönlichen Unterredung. Ich sagte Ihnen damals, dass ich Sie nur ungern mit meinen persönlichen Sorgen oder den Schwierigkeiten der Arbeit behelligen wollte, dass ich jetzt aber dringend Ihren Rat in Anspruch nehmen möchte. Leider ist die Besprechung vor Ihrem Urlaub nicht mehr zustande gekommen. Ich selbst muss am 5.9. zu einer Vortragsreise nach Westdeutschland fahren, die mich drei Wochen drüben halten wird (zugleich sollen das meine "Ferien" sein). Ich bitte Sie deshalb herzlich, trotz des ausserordentlichen, gerade bei Ihrer Rückkehr zu erwartenden Arbeitsanfalles, mir noch bis zum 4.9. eine längere Aussprache zu gestatten.

Es handelt sich um drei Probleme, 1) die Arbeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit in der Zone, 2) die Vereinigung für kulturelle Hilfe, 3) die Päckchenhilfe Ost.

ad 1) Wenn ich mir gestatten darf kurz in diese Probleme einzuführen, so möchte ich mich zum ersten verhältnismässig kurz fassen, da es nicht ratsam sein dürfte, die Fragen der Widerstandsarbeit in extenso schriftlich darzulegen. Das, worum ich mich seit zwei Jahren bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, bemüht habe, sind politische Absprachen in welchen mir seitens der Regierung mitgeteilt wird, welches die politische Linie dieser Regierung im allgemeinen und im besonderen in Bezug auf die Behandlung der Bevölkerung der Sowjetzone ist. Ich habe bis jetzt leider immer nur Forderungen erhalten, die auf die Bildung eines Parteikuratoriums, auf die Offenlegung der Finanzen und auf die Einflussnahme auf alle Einzelheiten öffentlicher Äusserungen der Kampfgruppe hinausliefen. Ganz unabhängig von meiner persönlichen Stellungnahme dazu, war ich seitens der Freunde der Kampfgruppe selbstverständlich in keiner Weise befugt, diese Forderungen zu akzeptieren. Ich habe den Eindruck, dass sie in den beiden letzten Monaten auch endlich stark zurückgetreten sind und dass man seitens der Regierung bereit wäre, die Linie zu beziehen,

die auch mir persönlich die einzig vernünftige und zukunftsreiche zu sein scheint, nämlich, dass uns innerhalb der Bundesregierung eine Stelle zu wirklich vertraulicher Absprache über die Arbeit im Gebiet der Sowjetzone benannt wird. Ebenso aber schiene es mir dringend notwendig, eine Persönlichkeit des Berliner Senats als Partner zu haben, mit der wir in derselben Weise die Probleme unserer Arbeit besprechen und von der wir die politische Meinung der Berliner Regierung zu den betreffenden Fragen erfahren können. Sie werden verstehen, hochverehrter Herr Bürgermeister, wenn ich meine Bekümmernis darüber zum Ausdruck bringe, dass man meistens nur mit untergeordneten Stellen sprechen kann, die im Ressortdenken befangen sind oder die Eigeninteressen bestimmter Ämter, Parteien oder gar Nachrichtendienste vertreten. Das grosse Vertrauen, das ich zu Ihnen - wie Sie wissen - habe, bewegt mich zu der Hoffnung, daß solche Gespräche möglichst direkt mit Ihnen oder wenigstens einem Mann Ihres unmittelbaren Vertrauens geführt werden möchten.

- ad 2) Die Vereinigung für kulturelle Hilfe hat seit Anfang des Jahres stark unter einer Spannung gelitten, die sich zwischen dem Vorstandsmitglied, Herrn Dr. Rupp und mir über die Kampfgruppe entwickelte. Ich habe etwas derartiges an Intrigen noch nicht erlebt, obwohl ich von seiten der Parteien und der Nachrichtendienste nicht gerade verwöhnt bin. Herr Rupp, der sich früher niemals um die Vereinigung gekümmert hatte, verlangte die völlige Trennung der Vereinigung von der Kampfgruppe. Als Druckmittel bediente er sich einiger Belege eines Sonderkontos, über welches vertrauliche Gelder der Kampfgruppe und der Vereinigung gelaufen und die aus dem Aktenschrank der Geschäftsführung gestohlen worden waren. Ich lege Ihnen die Fotokopie der von mir veranlassten Überprüfung dieses Kontos, durch einen Notar, bei. Da der Vorstand nicht arbeitsfähig war, wurde eine Mitgliederversammlung abgehalten, auf der der gesamte Vorstand zurücktrat und auf meinen Vorschlag hin, Herr Professor Köhler, Annedore Leber und Herr Baudler, als neuer Vorstand gewählt wurden. Herr Rupp hatte zwar in aller Form die Verdächtigung zurückgenommen, dass ich oder meine Frau Geld unterschlagen hätten oder Unregelmässigkeiten vorgekommen seien, er versicherte auch, dass es ihm ferngelegen habe, uns als "Schweine" oder "Verbrecher" zu bezeichnen (wie er das Herrn Professor Köhler gegenüber getan hatte), er verlangte aber, unbedingt wieder in den Vorstand gewählt zu werden. Als dies von den übrigen Mitgliedern strikte abgelehnt wurde, trat er unter wüsten Drohungen und in betrunkenem Zustande aus der Vereinigung aus. Ich hoffe, dass der neue Vorstand, der den Wunsch besitzt, sich baldmöglich bei Ihnen vorzustellen, die Arbeit gut und sogar besser weiterführen wird.

ad 3) Die Päckchenhilfe Ost war seit Ende 1949 von den Geschäftsstellen des Hilfswerks Berlin mit durchgeführt worden. Insbesondere hatte sie eine gemeinsame Geschäftsführung mit dem Hilfswerk Berlin in Hannover, unter Herrn Oberstadtdirektor Bratke und dem Städtischen Angestellten, dem Dienststellenleiter, Herrn Blumenberg. Da die Gefahr bestand, dass das Hilfswerk Berlin im Frühjahr 1951 eingehen würde, übernahm die Vereinigung für kulturelle Hilfe die Päckchenhilfe Ost ab 1.4.1951 als Unterabteilung, jedoch mit Belassung der selbständigen Geschäftsführung in Hannover. Das Hilfswerk Berlin wurde nicht aufgelöst und dementsprechend blieb sowieso alles wie es war, die Vereinigung trug aber seit dieser Zeit die juristische Verantwortung. Die Regelung schien für uns unbedingt günstig zu sein, da alle Kosten der Geschäftsführung durch das Hilfswerk Berlin bzw. die Stadt Hannover mitgetragen wurden und das Revisionsamt der Stadt Hannover monatlich die Geschäftsführung prüfte. Wir wurden dementsprechend von Herrn Blumenberg so unterrichtet, dass alle eingehenden Spenden voll und ganz dem gemeinnützigen Zweck zugeführt wurden und dass die Werber und Vertreter der Päckchenhilfe Ost in den einzelnen Ländern von Provisionen erhalten würden, die sie für den Verkauf von Werbekalendern, Werbepostkarten und das Einbringen von Auftragspäckchen bekämen. Ich habe Sie damals, hochverehrter Herr Bürgermeister, im April vorigen Jahres als Mitglied des Kuratoriums darüber unterrichtet und Sie hatten die grosse Liebenswürdigkeit, einige Anträge auf Sammelgenehmigung an die Länderregierungen und ein Werbeschreiben zum allgemeinen Versand, für das Kuratorium mit zu unterzeichnen.

Etwa nach einem halben Jahr kam ich dahinter, dass mit der Geschäftsführung in Hannover etwas nicht ganz in Ordnung sein könne. Wir vermahnten damals Herrn Blumenberg eindringlich, sich strikte in allen Fragen der Spenden bzw. der Provisionen für Kalenderverkauf usw., an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Auf einer Vorstandssitzung am 5.12.51, versicherte Herr Blumenberg gegenüber dem gesamten Vorstand, dass alle diese Fragen nicht nur in striktem Einvernehmen mit der Landesfinanzdirektion Hannover und auf Grund der Abmachungen mit Herrn Oberstadtdirektor Bratke geschahen, sondern, dass die monatliche Überprüfung durch das Revisionsamt der Stadt Hannover, auch keinerlei Beanstandungen ergeben hätten. Auf Grund der wahrhaft unübersichtlichen Buchführung, die das Hilfswerk Berlin und die Päckchenhilfe Ost gemeinsam in Hannover hatten, konnte er uns eine exakte Bilanz auch damals nicht vorlegen, zumal er mitten in den Weihnachtsgeschäften war und wir legten ihm deshalb auf, bis zum 31.3.52 eine solche spezialisierte und vom Revisionsamt der Stadt Hannover gegengezeichnete Bilanz vorzulegen.

Anfang April wurde Herr Blumenberg verhaftet, da sich herausstellte, dass eine Lebensmittel-Firma, Riechmann, 600 bei ihr in Auftrag gegebene und bereits bezahlte Päckchen nicht

abgeschickt hatte und da Herr Blumenberg der Begünstigung dringend verdächtig war. Die Vereinigung hat in der Folgezeit eine entsprechende Arrestverfügung über DM 4.200,— gegen Blumenberg/Riechmann, beim Gericht erwirkt. Bei der Untersuchung der Vorgänge aber ist die gesamte Geschäftsbearbeitung des Hilfswerkes Berlin und der Päckchenhilfe Ost in Hannover aufgerollt worden. Das Untersuchungsverfahren gegen Blumenberg läuft noch, der Untersuchungsrichter hat dabei bereits eine grosse Zahl von Personen vernommen, insbesondere natürlich Herrn Oberstadtdirektor Bratke und neulich auch mich, und wird, wie er mir sagte, wahrscheinlich auch Herrn Oberbürgermeister Klett und die anderen Herren des Hilfswerkes Berlin aufsuchen. Aus der Vernehmung habe ich entnommen, dass Herr Blumenberg selbstverständlich versucht, alle Schuld oder mindestens alle Verantwortung auf möglichst viele andere abzuschieben. Man muss überlegen, ob es richtig und möglich ist, unsererseits zu versuchen, die Angelegenheit einzudämmen, um sie nicht zu einer grossen Affäre gegen die Päckchenhilfe und das Hilfswerk Berlin auswachsen zu lassen.

Bitte entschuldigen Sie noch einmal, hochverehrter Herr Bürgermeister, wenn ich Ihre Zeit so lange in Anspruch genommen habe und voraussichtlich auch noch in Anspruch nehmen muss. Ich hoffe, dass dieser Brief so weit einen Überblick gegeben hat, dass eine Grundlage für die erbetene Besprechung gegeben ist.

Mit dem Ausdruck des Vertrauens und der vorzüglichen Hochachtung

Ihr
sehr ergebener

DR. GEORG EGBERTS RECHTSANWALT UND NOTAR

BERLIN W15, MEINEKESTRASSE 26 SAMMELNUMMER 91 63 17 POSTSCHECKKONTO BERLIN-WEST 43364

Berlin, den 15. Juli 1952

Persönlich! Vertraulich!

Gleichlautend:

1. Herrn Ernst Tillich, Berlin-Nikolassee, Ernst Ring Strasse 2,
2. Herrn Dr. Kurt Gellhoff, Berlin-Zehlendorf, Klopstockstrasse 35,
3. Herrn Dr. Franz Rupp, Berlin-Zehlendorf, Goethestrasse 32.

Betr.: Vereinigung für kulturelle Hilfe e.V.

Sehr geehrte Herren!

Auf Ersuchen der Geschäftsführung des Vereins veranstaltete ich am 14. Juli 1952 in den Geschäftsräumen eine Ueberprüfung

des Konto PS Köln 8232

des Konto PS Berlin -West 658

der zugehörigen Kontoauszüge mit Belegen, Journale, Kassa- und Postscheckbücher.

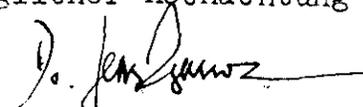
Durch diese Ueberprüfung machte ich zwei Feststellungen:

a) Alle auf PS Köln 8232 erscheinenden und für die Vereinigung bestimmten Beträge sind auf PS Berlin-West 658 überwiesen worden.

b) Der Gesamtbetrag der von vertraulicher Seite stammenden Spenden gelangte in den Besitz der Vereinigung für kulturelle Hilfe in Berlin, und zwar teils in bar durch Einlegung in die Kasse, teils durch Einzahlung auf das Konto PS Berlin-West 658.

Ueber meine Ueberprüfung fertigte ich einen Bericht, der zur persönlichen vertraulichen Einsichtnahme in meinem Büro zur Verfügung steht. Falls ~~es~~ diese gewünscht wird, bitte ich um eine Vereinbarung zu einer persönlichen Rücksprache.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Rechtsanwalt.

17
A

Viernerk über das Gespräch mit Reuter

Am 2. September 1952 hatte ich auf mein Ansuchen eine 1 1/2-
stündige Unterredung mit dem Regierenden Bürgermeister, Prof.
Dr. Ernst Reuter, welche sich eine Stunde auf die Kampfgruppe,
eine Viertelstunde auf die Vereinigung für kulturelle Hilfe
und die Päckchenhilfe Ost und zum Schluß auf die Situation
in der SPD bezog.

Ich brachte Prof. Reuter eindringlich unseren Wunsch zum
Ausdruck, in politische Absprachen über die Einfügung der
Kampfgruppe in die allgemeine Linie der Regierungspolitik
einzutreten. Er benannte mir als seinen Vertrauten den Leiter
des Amtes für Verfassungsschutz, Herrn Dr. Friedrich, mit dem
ich noch vor meinem Urlaub eine vertrauensvolle Besprechung
führen sollte, damit wir (Reuter, Friedrich und ich) nach
meinem Urlaub noch einmal die Situation zu dritt besprechen
könnten.

Bei diesem Gespräch brachte Prof. Reuter zum Ausdruck, dass
er eine Verquickung der politischen Arbeit mit einer Agenten-
Tätigkeit in der Sowjetzone nicht für richtig halte. Eine
ähnliche Verquickung habe er persönlich bereits als General-
sekretär der KP damals für die KP abgelehnt. Er riet drin-
gend, die illegale Tätigkeit in der SBZ von der sozialen
und politischen Tätigkeit der Kampfgruppe in Berlin und im
Westen zu trennen. Ich sagte, dass eine Bereitschaft unserer
seits dazu durchaus vorhanden sei, dass sie aber auf große
technische, vor allem aber auf psychologische Schwierigkeiten
bei den Menschen stossen würde, die uns aus der Sowjetzone
aufsuchen bzw. in fester organisatorischer Bindung zu uns
stehen. Prof. Reuter machte der Kampfgruppe über die verga-
Arbeit keinerlei Vorwürfe. Er brachte aber seine persönliche
Meinung zum Ausdruck, daß Menschenleben und die Freiheit
rade der Anständigen in der SBZ soweit wie nur irgendm. ogl
geschont werden müssten.

Bei der Unterredung fragte er mich, was denn unsere ameri-
kanischen Freunde eigentlich von der Kampfgruppe wollten.
Er hätte vor seinem Urlaub einen höheren Amerikaner danach
gefragt, der ihm aber keine Auskunft habe geben können.
Ich brachte zum Ausdruck, dass die Arbeit der Kampfgruppe
gegen Unmenschlichkeit ja bekannt sei und dass sie neben
ihrer sozialen Tätigkeit ein Instrument der psychologischen
Kriegsführung darstelle.

Aus den übrigen Gesprächen, die/über die Kampfgruppe in
herzlichem und vertrauensvollen Geiste verliefen, ist be-
merkenswert die Stellungnahme, die Prof. Reuter zu dem
Deutschlandvertrag und dem EVG-Vertrag abgab. Ich hatte ihm
gesagt, dass ich die Einstellung von Dr. Schumacher zu die-
sen Verträgen in keiner Weise billigte und deshalb in star-
kem Gegensatz zur Linie der SPD stünde. Prof. Reuter sagte,
dass er grundsätzlich mit Dr. Schumacher in der Beurtei-
lung der Verträge immer einig gewesen sei und daß man
deutscherseits nach seiner Überzeugung diese Verträge nicht
unterzeichnen dürfe. (Ich bitte, diese mir äusserst berer-
kenswerte und mich sehr erschreckende Äusserung absolut ver-
traulich zu behandeln).

Ernst Tiller

V e r m e r k

Betrifft: Besprechung mit dem Leiter des Amtes für Verfassungsschutz, Herrn Dr. F r i e d r i c h, am 4. September 1952.

Aufgrund meiner Besprechung mit dem Regierenden Bürgermeister, Professor Reuter, fand heute eine Unterredung mit dem von ihm als seinem Vertrauensmann benannten Dr. Friedrich statt.

Dr. Friedrich zeigte sich durchaus über die KgU informiert und brachte als Wunsch der Berliner Regierung (wie schon Reuter) die stärkere Illegalisierung und Scheidung der Widerstandsarbeit von der in der Öffentlichkeit stattfindenden sozialen und politischen Tätigkeit der KgU vor. Es könne gar nicht genug an Widerstand in der Zone geschehen und er sei sehr dafür, daß dieser Widerstand gegebenenfalls (so ähnlich wie in den seinerzeit von Deutschland besetzten Gebieten) scharfe Formen annähme, vorausgesetzt, daß dies in der jeweiligen politischen Situation verantwortet werden könne. Es dürften aber von dieser Tätigkeit keine Rückschlüsse auf Westberliner politische Organisationen bezogen werden können.

Ich brachte auch in dieser Besprechung zum Ausdruck, daß die gewünschte stärkere Illegalisierung der Widerstandsarbeit und Abdeckung der Kampfgruppe unseren eigenen Intentionen entspräche. Ausserdem betonte ich, dass wir an Absprechungen allgemeiner Art über die Linienführung des Widerstandes durchaus interessiert seien.

Dr. Friedrich teilte mit, dass er sich mit dem Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. John, in Verbindung setzen wird und auch Professor Reuter gegenüber die Zuversicht zum Ausdruck bringen will, daß ein gutes Verhältnis der Berliner Regierung zur Kampfgruppe erreicht werden wird.

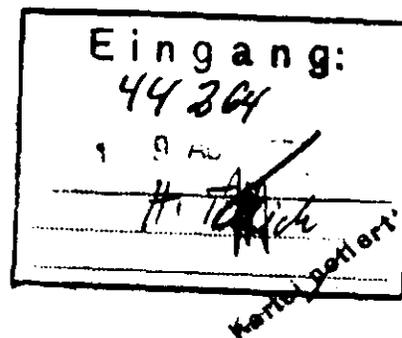
Bemerkenswert in der Unterhaltung war die Andeutung Dr. Friedrichs, daß die Beziehungen zum Untersuchungsausschuß freiheit-

licher Juristen wesentlich schwerer zu klären sein dürften, da dieser seinen Aufgabenbereich ins Ungemessene erweitert habe und nach Überzeugung des Berliner Senats stark beschnitten werden müsse.

Ernst Tietze

Herrn
Ernst T i l l i c h

Berlin - Nikolassee
Ernst Ring-Straße 3



Sehr geehrter Herr Tillich,

auf Grund Ihres Schreibens vom 29. 7. 1952 hatte ich eine Rücksprache mit Herrn Staatssekretär Thedieck. Herr Staatssekretär Thedieck hat mir versichert, daß seitens seines Ministeriums nicht daran gedacht sei, an Ihre Stelle Herrn Germer oder aber Herrn Abgeordneten Brandt zu bringen. Auf der anderen Seite dürfte es aber doch notwendig sein, einmal über eine engere Zusammenarbeit zwischen Ihrer Organisation und den zuständigen Stellen der Bundesregierung zu sprechen. Vielleicht können wir uns, wenn Sie demnächst einmal in Bonn sind, hierüber unterhalten.

Mit den besten Empfehlungen
Ihr sehr ergebener

(Dr. Lenz)

Berlin, den 16. September 1952
Dr. Fr./Fö.

Betrifft: Besprechung in Berlin über Schaffung einer neuen Organisation durch Zusammenfassung von Kampfgruppe und Untersuchungsausschuss unter Regierungs-Kontrolle.

Am 15. Sept. 1952 unterrichtete mich der Mitarbeiter unserer Presse-Abteilung, Herr S c h ü t t e , davon, dass er mit einem alten Bekannten, dem Presse-Referenten von Dr. Vockel, W r a s s m a n n , eine Besprechung gehabt habe, etwa folgenden Inhalts:

Wrassmann berichtete, dass vor etwa 10 Tagen im Bundeshaus eine Besprechung unter Teilnahme folgender Personen stattgefunden habe: Dr. Vockel, Staatssekretär Lentz, Bundeskanzleramt, mit Begleitung, Staatssekretar Thedieck, gesamtdeutsches Ministerium, Senatsdirektor Dr. Hellriegel vom Senator für Inneres Berlin und Dr. Friedrich, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, ferner der persönliche Referent und Herr Wrassmann. Thema: "Koordinierung der Widerstandsarbeit in der Sowjetzone". Bei der Besprechung äußerte insbesondere Staatssekretär Lentz, es müsse dafür gesorgt werden, daß die Widerstandsarbeit amerikanischer Kontrolle entzogen werde, da nach Wiederherstellung der deutschen Souveränität dies eine deutsche Angelegenheit sei. Um dies zu erreichen, müssen die bisherigen Führungen beider Organisationen verschwinden und beide unter Regierungs-Kontrolle zusammengefasst werden. Die praktische Durchführung sei hinsichtlich der Kampfgruppe deshalb nicht so schwierig, weil ihre Methoden (angebliche Sabotageakte, leichtsinnige Gefährdung von Menschenleben usw.) Ansatzpunkte seien. Da gegen die Arbeit des Untersuchungsausschusses an sich kaum etwas vorzubringen sei, müsse der Leiter verschwinden. Es würden gegen ihn in persönlicher Hinsicht Vorwürfe erhoben werden (keine juristische Qualifikation usw.). Schon die Gerüchte würden genügen, um ihn zum Rücktritt zu nötigen. Die Finanzierung der dann neu zu schaffenden Organisation müsse gegebenenfalls aus Bundesmitteln er-

folgen. Der Staatssekretär Lentz erbot sich indessen, mit amerikanischen Stellen noch einmal zu verhandeln. Er erklärte, er habe die notwendigen Beziehungen. Hierbei sei als Name "Mr. Connell" gefallen (?). Besondere Schwierigkeiten mache allerdings die Frage der Übernahme der Leitung der neuen Organisation. Es wurde der Name des Bundestagsabgeordneten Brandt genannt. Anscheinend wurden hiergegen Bedenken erhoben, weil am Schluss der Sitzung die Frage nach dem vermutlichen neuen Leiter noch offen blieb und Herr Wrassmann Herrn Schütte fragte, ob er eine geeignete Person wisse.

Herr Schütte gab aus seiner Unterredung mit Herrn Wrassmann als Eindruck wieder, dass Herr Staatssekretär Lentz der aktivste Teil zur Erreichung der neuen Absichten sei, wobei die Initiative allerdings von Herrn Vockel ausging.

Heute Vormittag hatte Herr Schütte eine persönliche Besprechung mit Herrn Dr. Vockel. Er erklärte, dass es ihm unmöglich sei, eine geeignete Person als Leiter einer ~~neuen~~ neu zu gründenden Organisation vorzuschlagen und erklärte weiter, dass ein nicht wieder gutzumachender Schaden entstehen würde, wenn der Untersuchungsausschuss oder sein Leiter mit Unterstützung oder gar Förderung der Regierung angegriffen werden würde. Es würde dies nicht nur eine völlige Vertrauenskrise und in der Sowjetzone und eine ungeheuere Schwächung des Widerstandes zur Folge haben, sondern eine Stärkung der neutralistischen und kommunistischen ~~kreise~~ freundlichen Kreise in Westdeutschland, aber auch ausserordentliche Rückwirkung im Ausland. Dr. Vockel machte den Eindruck, als ob ihm die Argumente einleuchteten und meinte, er selbst hätte auch nur etwas gegen die Kampfgruppe, aber nichts gegen den Untersuchungsausschuss, aber er wisse nicht, wie die Haltung in Bonn sei. Herr Schütte erbot sich, während seines Urlaubs in den nächsten Tagen in Bonn mit Herrn Staatssekretär Lentz zu sprechen.

Berlin, den 18. September 1952
Dr.Fr./Ri.

V e r m e r k :

Eine nochmalige Rücksprache mit Herrn S c h ü t t e ergab, dass er sich mit dem Text dieses Berichts völlig identifiziert und bereit ist, die Richtigkeit notfalls auch zu bezeugen. Er bittet jedoch, nach Möglichkeit seinen Namen nicht zu verwenden, weil er als Vertrauensmann von Dr. V o c k e l gilt und sich dieses Vertrauen erhalten möchte.
